

ÖSTERREICH

ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITSPOLITIK IM HINBLICK AUF DIE GEOSTRATEGISCHE SITUATION¹⁾

Werner FASSLABEND, Wien*

mit 2 Ktn. im Text

INHALT

1.	Einleitung	7
2.	Terminologie, Positionierungen	8
3.	Globale geostrategische Situation	9
4.	Europäische geostrategische Situation	12
5.	Österreichische geostrategische Situation	15
6.	Schlußfolgerungen	16
7.	Zusammenfassung	18
8.	Summary	18

1. Einleitung

Die im Folgenden angestellten Überlegungen sollen zeigen, weshalb und wie sich die geopolitische und im besonderen die geostrategische Rolle Österreichs aus seiner Lage im Raum erklären und sicherheitspolitisch nutzen bzw. inwertsetzen läßt.

Hierzu werden zunächst einige semantisch-terminologische Festlegungen getroffen. In weiterer Folge werden die globale, die europäische und speziell die geostrategische Situation Österreichs am Ausgang des 20. Jahrhunderts skizziert. Abschließend werden einige ausgewählte Schlußfolgerungen und Konsequenzen für die österreichische Sicherheitspolitik, die Geopolitik und die Politikgeographie formuliert.

1) Diesem Beitrag liegt ein Vortrag von Bundesminister Dr. Werner Fasslabend, gehalten am 19. Jänner 1999 vor der Österreichischen Geographischen Gesellschaft in Wien zugrunde. Bearbeitung: Bgdr. Dr. Reinhard Mang, BMLV-IMG, A-1090 Wien Rossauer Lände 1

* Dr. Werner Fasslabend, Bundesminister für Landesverteidigung, A-1033 Wien, Dampfschiffstraße 2

2. Terminologie, Positionierungen

Die Entwicklungen seit 1989 haben mannigfaltige raumwirksame politische Prozesse in Gang gesetzt. Diese "Raumwirksamkeit" hat unter anderem in der alltäglichen, der medialen, aber auch der wissenschaftlichen Semantik verbreiteten Niederschlag gefunden. So sind es vor allem Wortbildungen mit der Silbe "geo-", die seit geraumer Zeit nahezu inflationär eingesetzt werden. Hierzu zählen Begriffe wie etwa "Geopolitik", "Geostrategie", aber auch ganz einfach "geographisch". Der Bedeutungsgehalt dieser Termini bewegt sich oftmals in erheblichen Bandbreiten.

Es ist daher zweckmäßig, am Beginn einschlägiger Überlegungen solchen Unschärfen mit klaren terminologischen Positionierungen entgegenzutreten. In diesem Sinne werden für die weiteren Ausführungen folgende Festlegungen getroffen:

"Sicherheitspolitik": Gesamtheit aller Maßnahmen einer Staatsführung, die der Wahrnehmung der existentiellen Interessen des Staates, seiner Einrichtungen und seiner Bürger dienen.

"Strategie": Koordinierte Anwendung aller Mittel und Ausnützung aller Möglichkeiten zur Wahrung der *sicherheitspolitischen* Ziele gegenüber allen Bedrohungen.

"Geopolitik": Koordinierte Anwendung aller Mittel und Ausnützung aller Möglichkeiten zur Wahrung der *politischen* Ziele gegenüber allen Bedrohungen durch Mitgestalten der hierfür optimal geeigneten geographischen Umfeldverhältnisse außerhalb des eigenen Staatsgebietes.

"Geostrategie": Koordinierte Anwendung aller Mittel und Ausnützung aller Möglichkeiten zur Wahrung der *sicherheitspolitischen* Ziele gegenüber allen Bedrohungen durch Mitgestalten der hierfür optimal geeigneten geographischen Umfeldverhältnisse außerhalb des eigenen Staatsgebietes.

"Politikgeographie": Geowissenschaft, die sich analysierend und integrierend mit dem Wirkungsgefüge aus politischen und geographischen Faktoren befaßt.

"Geofaktor": Objekt des Raum-Zeit-Kontinuums in seiner Funktion als Element eines raum-zeit-wirksamen bzw. raum-zeit-bedeutsamen Wirkungsgefüges.

Die oben angesprochene "Raumwirksamkeit" aller rezenten globalen politischen Vorgänge hat nun in den verschiedensten Bereichen zu einer verstärkten Beschäftigung mit Methoden und Verfahren raumorientierter Wissenschaften geführt. Dabei wird zu recht davon ausgegangen, daß alles reale Geschehen auf dieser Erde in einem geographischen Umfeld, also im geographischen Raum stattfindet. Dieser

geographische (drei- bzw. vierdimensionale) Raum wird in seinen Eigenschaften aber nun maßgeblich durch seine *Geofaktoren* definiert.

Alles reale Geschehen steht also – im Sinne eines "Wirkungsgefüges" – in ständiger Wechselwirkung mit diesen Geofaktoren, die deshalb auch ein integrierter Bestandteil jeder sicherheitspolitischen (Lage-)beurteilung sein müssen. Aus genau diesem Grund vermögen die "Geographie" (Erfassung, Verknüpfung und Interpretation von Geofaktoren) und die "Kartographie" (adäquate Visualisierung von Geofaktoren) *wesentliche Entscheidungsgrundlagen* für alle Arten sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse zu liefern!

Im Folgenden sollen nun ausgewählte geostrategische Beurteilungs- und damit Entscheidungsaspekte auf globaler, europäischer und österreichbezogener Ebene erörtert werden.

3. Globale geostrategische Situation

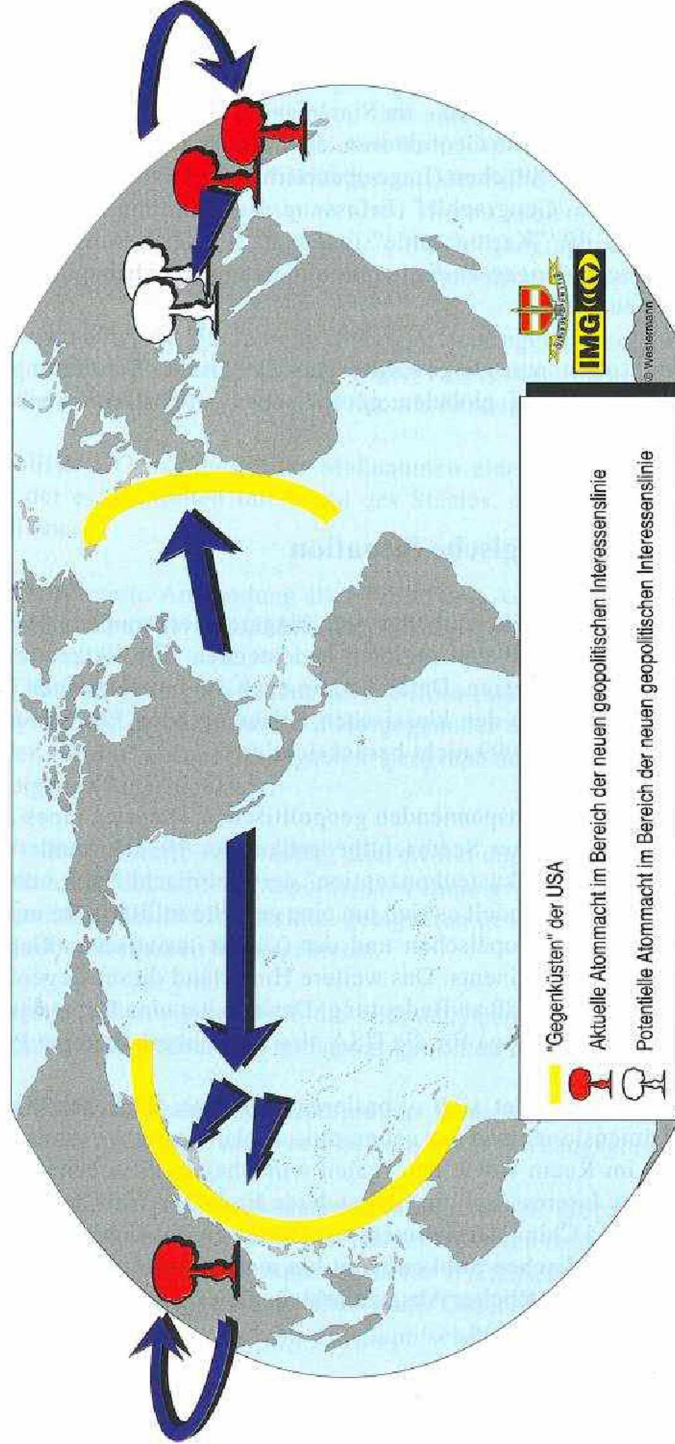
Aus globaler Sicht scheint sich der seit längerem erkennbare "Megatrend" der Verlagerung von temporal und regional bedeutenden Konfliktzentren von Europa nach Südostasien fortzusetzen. Daran ändern auch die im weltweiten Konnex lediglich marginalen Krisen in den klassischen Krisenregionen Europas nichts. (Anm.: Kosovo-Krieg Frühjahr 1999 nicht berücksichtigt.)

Im Sinne etwa der weltumspannenden geopolitischen Theorien eines Alfred Thayer MAHAN (US-amerikanischer Seemachttheoretiker des 19. Jahrhunderts) steht dabei offensichtlich die "Gegenküstenkonzeption" der Weltmacht Nr. 1 – der USA – Pate. Bei dieser Konzeption handelt es sich um eine gezielte militärische und wirtschaftliche Absicherung der europäischen und der (südost-)asiatischen Gegenküsten des nordamerikanischen Kontinents. Das weitere Hinterland dieser Gegenküsten verliert aus dieser Sicht naturgemäß an Bedeutung. Deshalb hat eine fortgesetzte "Osterweiterung" der NATO in Europa für die USA also mit Sicherheit keine Priorität!

Unbeschadet dessen bildet sich – basierend auf den flächenmäßig immer noch imposanten Dimensionen und der geographisch-planetarischen Anordnung des heutigen Rußland im Raum sowie den realen wirtschaftspolitischen Gegebenheiten – eine neue globale Interessenslinie "am anderen Ende der Welt" zwischen den USA, Rußland, Japan und China. Diese Interessenslinie beginnt sich in letzter Zeit auch in Richtung auf den indischen Subkontinent hin auszudehnen. Europa verliert hierbei als potentieller wirtschaftlicher Absatzmarkt, zugleich aber auch als globaler geopolitischer Faktor an Bedeutung.

Amerikazentrierte Planisphäre

Gegenkräften der USA und neue geopolitische Interessenslinien



Karte 1: Globale geostrategische Situation

Mit dem indischen Subkontinent (Indien) erreicht diese neue Interessenslinie in einem aber auch Pakistan und umfaßt somit *beide* neuen – südasiatischen – Atom-mächte! Indien und Pakistan ihrerseits haben durch Überschreiten der atomaren Schwelle aus eigenem ein weiteres Konflikt- bzw. Machtzentrum definiert, das erhebliche sicherheitspolitische Auswirkungen und Rückwirkungen auf Europa zeitigen kann. Der Grund hierfür liegt darin, daß beide Staaten den Vertrag über die Weiterverbreitung von A-Waffen gebrochen haben. Da es auf diesen Vertragsbruch jedoch keinerlei wirksame internationale Sanktionen gab, ist zu befürchten, daß mittelfristig noch weitere Staaten diesen Schritt erwägen und auch realisieren werden. Die Risiken einer derartigen Entwicklung liegen auf der Hand – die Hemmschwelle der Proliferation und des Einsatzes nuklearer Waffen wird weiter gesenkt!

Setzt man die angesprochene Linie von Indien und Pakistan über Afghanistan nach Westen fort, so werden Iran und Irak als weitere atomare Schwellenstaaten erreicht. Gelingt dem Irak der Aufbau entsprechender nuklearer Kapazitäten, dann erreicht diese neue (nukleare) Interessenslinie an der Grenze zur Türkei zugleich auch die ostwärtige Grenze des Bündnisgebietes der NATO! In diesem Raum wird dann dem langfristigen Krisenraum "Naher Osten" (und "Kurdengebiet") zwischen der Westgrenze der NATO in den USA und der Ostgrenze der NATO in der Türkei noch der politische Unsicherheitsfaktor weiterer nuklearer Schwellenländer hinzugefügt!

Zusätzliche globale Bedrohungen ergeben sich aber nicht nur im "A"-Bereich, sondern infolge der zunehmenden Proliferation auch durch *B- und C-Waffensysteme*. Gerade moderne, hochorganisierte Staaten erweisen sich gegen derartige Systeme und die damit verbundenen Bedrohungen besonders empfindlich (vgl. die Anschläge im World Trade Center in New York).

Völlig neue Gefahren – ebenfalls globalstrategischen Ausmaßes – entstehen im Zusammenhang mit der Entwicklung erdumspannender Informationsnetzwerke. Subversive, teilweise bereits weltweit agierende Organisationen, die sich der bekannten Instrumentarien des Terrorismus bedienen, setzen derartige Kommunikationsmittel gezielt ein und sind solcherart in der Lage, mit beachtlicher Präzision politisch gezielte "Fernsteuerungen" entsprechender Aktivitäten zu betreiben. Die Aktionsbandbreite reicht dabei von einfachen, außerhalb des jeweiligen Staatsgebietes organisierten Demonstrationen bis hin zu Anschlägen auf militärische oder zivile Einrichtungen in den Gastgeberländern. Solche Entwicklungen führen in Summe zu sehr diffusen Bedrohungsbildern, denen derzeit nur sehr begrenzt präventiv begegnet werden kann.

Schlußendlich soll aber auch auf die teilweise extreme Empfindlichkeit der hochentwickelten Staaten gegen alle Arten von Beeinträchtigungen ihrer technisch-funktionalen Schlüsselbereiche hingewiesen werden. Hierunter fallen etwa Steuerungs-zentren der Energie- und Informationsversorgung, der Lebensmittelversorgung, aber auch der gezielte Einbruch in sensible IT-Netze. Durch gezielten Einbruch in solche Netze ("Hacker") können – etwa via Internet– von jedem Punkt der Erde aus zentrale

Funktionen eines Staates – und dies sogar durch Einzelpersonen – beeinträchtigt, blockiert oder gar ausgeschaltet werden. Gerade die technisch hochentwickelten Staaten können also – und dies erscheint bemerkenswert – *unabhängig von der geographischen Lage* eines "Agressors" erschreckend einfach politisch erpreßt werden.

4. Europäische geostrategische Situation

Das Jahr 1989 hat in Europa – staatengeographisch gesehen – bisher zu folgender Entwicklung geführt (vgl. Karte 2):

Die Karte zeigt:

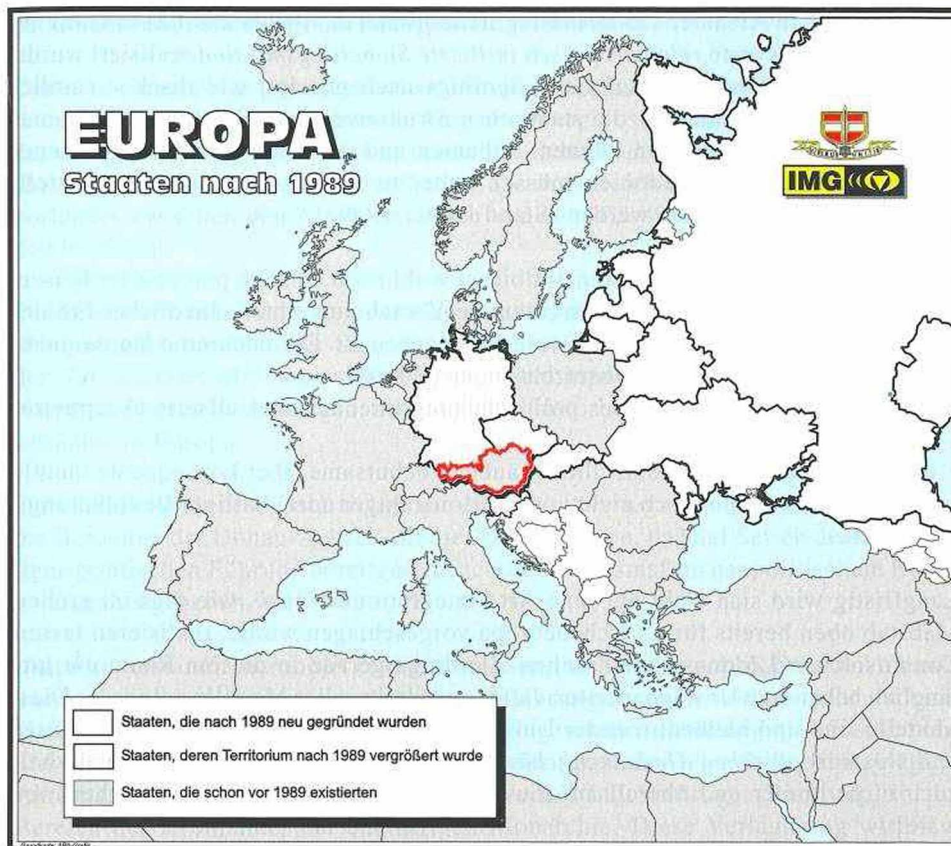
1. Neue Staaten (alphabetische Reihenfolge):
Bosnien-Herzegowina, Estland, Georgien (an der Peripherie), Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien (FYRoM), Moldawien, Rußland, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Weißrußland.
2. Erweiterte Staaten:
Deutschland (vergrößert um sechs neue Bundesländer)
3. Aufgelöste bzw. verkleinerte Staaten:
DDR (ging in Deutschland auf), SFRJ (wurde Bundesrepublik Jugoslawien, verkleinert um vier Teilrepubliken), Sowjetunion (wurde Rußland, in Europa verkleinert um sieben Unionsrepubliken), Tschechoslowakei (wurde zu Tschechischer Republik und Slowakei).

Die 15 *neu entstandenen Staaten* können sich mit Masse nur auf relativ geringe demokratische Traditionen und Erfahrungen abstützen. Die erhebliche Vielzahl dieser neuen politischen Akteure im Verein mit der Auflösung des Machtblockes "Warschauer Pakt" hat zwar das Risiko einer *großen* Auseinandersetzung im Sinne des Kalten Krieges verringert, die Instabilität *im kleinen* jedoch entscheidend vergrößert!

Eine dauerhafte Festigung dieser vor allem in Zwischeneuropa (Mittelosteuropäische Staaten, "MOE-Staaten") gefährdeten Stabilität ist nun nach klassischer Ansicht grundsätzlich

- durch *Hegemonie*,
- durch *Gleichgewicht* oder
- durch *Integration*
möglich.

Für eine *Hegemonielösung* fehlt derzeit eine anerkannte Hegemoniemacht.



Karte 2: Europäische geostrategische Situation

Für eine *Gleichgewichtslösung* im Sinne der "Balance of Powers" existieren zu viele unterschiedlich gewichtete Akteure.

Realpolitisch gesehen bleibt also nur die *Integrationslösung* übrig, womit Staaten im Wege einer selbstgewählten Ordnung zu einem höheren Ganzen integriert werden. Die EU ist hierfür sicherlich eine mögliche Plattform. Die in Diskussion stehende, allfällige Öffnung der EU gegen Osten, aber auch gegen Südosten (Türkei) ist dabei sicher eine Grundsatzentscheidung mit allen Risiken, die mit einer solchen "offensiven" Entwicklung für die Europäische Union verbunden sind.

Die Prozesse einer einheitlichen politischen Willensbildung sind in Europa trotz EU, GASP usw. *noch immer* unterentwickelt. Die europäischen Sicherheitsmechanismen leiden *noch immer* unter permanenter Entscheidungsschwäche. Deshalb übernehmen *noch immer* die USA die (sicherheitspolitisch) dominante Führungsrolle. Dies zeigt besonders kraß die jüngste Entwicklung am Balkan. Gerade deshalb erscheint es besonders bemerkenswert, daß ausgerechnet in diesem Raum die "Ope-

ration ALBA" in Albanien (Evakuierung italienischer Zivilisten aus Tirana), forciert durch Italien, als erste *rein europäisch initiierte Sicherungsmission* realisiert wurde. Im Zuge dieser Operation hat sich allerdings auch gezeigt, wie rasch – nämlich innerhalb von 72 Stunden – die staatlichen Strukturen eines Staates wie Albanien nahezu vollständig zerfallen können. Albanien und der nordostwärts angrenzende Kosovo, aber auch Mazedonien müssen daher in Europa als nächste potentielle Krisenherde angesprochen werden (Stand Jänner 1999).

Generell gesehen wird die Balkan-Halbinsel wohl noch solange potentieller Krisenraum bleiben, als die derzeitige engräumige Verzahnung unterschiedlicher Ethnien ohne politisch "beherrschenden" Overhead gegeben ist. Die nüchterne Konsequenz, politisch aber wohl kaum durchsetzbar, wäre demnach

- entweder die Schaffung einer politisch integrierenden und allseits akzeptierten Autorität
- oder eine international kontrollierte, äußerst behutsame, aber konsequente räumliche Entflechtung politisch nicht kooperationsfähiger oder -williger Bevölkerungsgruppen.

Langfristig wird sich wohl nur eine Art "Integrationslösung", wie dies im großem Maßstab oben bereits für Zwischeneuropa vorgeschlagen wurde, realisieren lassen. Einem solchen Lösungsmodell stehen allerdings gerade in diesem Raum die hinlänglich bekannten Unwägbarkeiten vieler multikultureller Modelle entgegen: Diese Modelle sind und bleiben in erster Linie *zeitgeistgebundene Produkte eines mittel- und westeuropäischen Gedankengebäudes* und sie funktionieren gerade deshalb auch nicht immer und überall auf dieser Erde, so sehr dies auch wünschenswert wäre!

Ein anderer Raum in Kontinental-Europa, das Zentraleuropäische Tiefland von Nordfrankreich bis Polen, hat seine jahrhundertlange militärstrategische Achsenfunktion und Hauptkampffeldfunktion in Europa zumindest in unseren Tagen verloren. Unbeschadet dessen weist der Raum des heutigen Polen immer noch ein teils autochthones, teils aber auch allochthones – also "importiertes" – erhebliches Instabilitätspotential auf.

Die im Nordosten Polens anschließenden baltischen Staaten (vor allem Estland) stehen derzeit mit der EU in Beitrittsverhandlungen. Ein Beitritt zur NATO erscheint für diese Staaten derzeit allerdings aufgrund der entgegengesetzten politischen Interessen Rußlands außerhalb der Reichweite.

Schlußendlich ergeben sich besonders im südlichen Vorfeld Europas gegenüber den Gegenküsten Nordafrika (Maghreb) und Naher Osten hinlänglich bekannte Probleme bei der Sicherung der außerordentlich langen und gegliederten mediterranen Küsten der Iberischen Halbinsel, der Apenninhalbinsel und der südlichen Balkanhalbinsel.

5. Österreichische geostrategische Situation

Um es nochmals klar herauszustellen: Die geostrategische Rolle Österreichs sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart ergibt sich zu entscheidenden Teilen aus seiner Lage im Raum. So war schon das Schicksal der alten Ostmark "Ostarrichi" maßgeblich durch deren räumliche Lage im Bereich der Verengung des Alpenvorlandes zwischen den Alpen im Süden und dem Granit-Gneis-Hochland im Norden bestimmt.

Die später erfolgte Verlegung der Hauptstadt Ostarrichis von Klosterneuburg nach Wien ist auch aus heutiger Sicht einer Art früher "Ostöffnung" gleichzuhalten. In der Tat markiert die Lage von Wien am Schnittpunkt von Donautal und Alpen-Karpaten-Grenze einen der geostrategisch und historisch bemerkenswertesten Schlüsselräume in Europa.

Die räumliche Genese Ostarrichis, die Hauptstadtverlegung und damit gleichzeitig die Betonung der Donau-Achse – all dies läßt erkennen, daß auf Seiten der seinerzeitigen politischen Führung bereits ein beachtliches Ausmaß an geopolitischem Raumverständnis gegeben war!

Umso unverständlicher mutet es daher an, wenn sich die Republik Österreich heute, nach jahrhundertelangen einschlägigen Erfahrungen, noch immer nicht zu einer klaren *sicherheitspolitischen Option* durchringen kann! Erste negative Konsequenzen dieser Entscheidungsschwäche sind bereits erkennbar: eine Reihe einschlägiger Aktivitäten verlagert sich an Österreich vorbei in ostwärtiger Richtung, in den Bereich der Kronländer der ehemaligen Monarchie. Diese Verlagerung wird sich nach erfolgtem Beitritt von Ungarn und der Tschechischen Republik zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis NATO vermutlich noch erheblich verstärken (Anm.: Dieser Beitritt ist zwischenzeitlich am 12. März 1999 erfolgt).

Aber nicht nur politische, auch wirtschaftliche Entwicklungen beginnen Österreich im Norden und Süden "flankierend zu umgehen". Österreich hat in sicherheitspolitischer Hinsicht offensichtlich erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt und wird daher nur mehr bedingt als langfristig sicherer Wirtschaftsstandort eingeschätzt.

Mit dem Nichtzustandbringen eines sicherheitspolitischen "*Optionenberichtes*" hat sich Österreich zu alledem noch selbst eines erheblichen Teiles seiner geopolitischen, geostrategischen, aber auch seiner wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit beraubt. Die Botschaft an das Ausland lautet nämlich im Klartext: Österreich will an der politischen Entwicklung in Europa nicht mehr aktiv, nicht mehr mitgestaltend teilnehmen!

Vielfach wurde und wird als Grund für eine solche fehlende, klare sicherheitspolitische Option der vielzitierte Status der "immerwährenden Neutralität" herangezogen. Hierzu ist meines Erachtens festzustellen:

1. Die *Neutralität* im engeren Sinn konnte durch Österreich *real nie exekutiert* werden, da es seit 1955 in der Nachbarschaft keine akuten Kriege zwischen Nachbarstaaten gab und nur dann Neutralität politisch "gelebt" hätte werden können (Ausnahme 1991, Jugoslawien-Konflikt, der aber formal eine "innerstaatliche" Angelegenheit der SFRJ war).
2. *Neutralität* als abstrakter politischer Begriff, als politische Haltung *kann nicht militärisch "verteidigt"* werden, weil Neutralität eine (selbst auferlegte) politische Handlungsmaxime und kein materielles Gut darstellt. In diesem Sinne kann real auch nur das eigene Territorium (etwa gegen einen militärischen Angriff) verteidigt werden. Zweifellos kann aber eine glaubwürdig zur Schau gestellte Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit eine bestimmte außenpolitische Haltung *unterstützen*.
3. Die österreichische Neutralität ist eine den Signatarstaaten, insbesondere der damaligen Sowjetunion, zum Zweck der Erlangung der völligen Souveränität *zugestandene Einschränkung der eigenen außenpolitischen Handlungsfreiheit*. Sie lag damals, 1955, vor allem nach dem Beitritt der BRD zur NATO, im geopolitischen Interesse der Sowjetunion, weil damit ein bündnisfreier "Keil" – bestehend aus der Schweiz und Österreich – zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden konnte.
4. Ein vielfach zitierter Wert der "Pufferstaaten" lag in ihren sogenannten "Vermittlungskapazitäten". Abgesehen von der Frage, ob Großmächte in der Tat derartige Vermittlerdienste benötigen, sind solche Funktionalitäten zumindest durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre weitgehend obsolet geworden.
5. Eine strikte und immerwährende Neutralität beraubt einen Staat bei buchstabengetreuer Einhaltung der damit eingegangenen politischen Verpflichtungen in erheblichem Ausmaß seiner sicherheitspolitischen Handlungsfreiheit, weil er damit jede eigenständige, souveräne Beurteilung von Recht und Unrecht in seiner Nachbarschaft aus der Hand gibt und damit letztlich Recht und Unrecht aus neutralitätspolitischen Gründen auf die gleiche Stufe stellt – eine gefährliche politische Bequemlichkeit!

6. Schlußfolgerungen

Aus den vorangegangenen Darlegungen lassen sich aus meiner Sicht für Politik und Geographie, im besonderen für Geopolitik und Politikgeographie folgende Schlußfolgerungen ziehen:

Politik, im besonderen Geopolitik:

1. Wenn Europa in der Lage sein will, nicht nur potentiellen und aktuellen Krisen in seinem engeren Bereich wirksam begegnen, sondern angesichts der besonderen Dynamik in den peripheren Entwicklungsgebieten auch sein Vorfeld entsprechend stabilisieren zu können, bedarf es hierzu einer deutlich gesteigerten Krisenbewältigungskapazität. Diese sollte sich schwergewichtsmäßig auf die Sicherung der Verkehrs- und Energieflüsse sowie die Abwendung negativer Auswirkungen der vornehmlich an der südlichen Peripherie gegebenen besonderen demographischen Entwicklungen auf Europa konzentrieren.
2. Österreichs Engagement im Programm "Partnerschaft für den Frieden" der NATO (PfP-Programm) sichert im Wege von Standardisierungen (z.B. im Bereich des militärischen Kartenwesens) die führungsmäßige militärische Kooperationsfähigkeit mit den Streitkräften anderer Staaten innerhalb, aber auch außerhalb der NATO. Auch gemeinsame Krisenbewältigungen von Nicht-NATO-, aber PfP-Staaten werden damit ermöglicht.
3. Das PfP-Programm der NATO ist ein hervorragendes Instrument zur Konfliktprävention. Es schafft persönliche Beziehungsgeflechte, ermöglicht aktive gegenseitige Hilfestellungen und setzt unschätzbare vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.
4. Wenn Österreich den vollen Umfang seiner traditionellen Vermittler- und Mitgestalterrolle erhalten bzw. wiedergewinnen will, dann wäre unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein Vollbeitritt zum nordatlantischen Verteidigungssystem NATO eine durchaus zielführende Option. Derzeit wird Österreich (lediglich als PfP-Mitglied) bei jedem NATO-Gipfel erst in der dritten Runde der Gespräche "eingebunden".
5. Gemeinsame Sicherheit in Europa, Sicherheit durch Integration muß gemeinsam organisiert werden. Dies kann nur in einem sicherheitspolitisch effektiven, glaubwürdigen Rahmen erfolgen. Österreichs Entscheidung ist daher dringend erforderlich!

Geographie, im besonderen Politikgeographie:

1. Informationen über geographische Sachverhalte sind sicherheitspolitisch hoch entscheidungsrelevant.
2. Geopolitische Entwicklungen sind schwer prognostizierbar. Auch Rückentwicklungen sind denkbar und müssen "angedacht" werden.
3. Die räumliche Anordnung von Geofaktoren wird oftmals zum Konfliktpotential. Lösungen durch Änderungen dieser räumlichen Anordnung sind daher in Einzel-

fällen denkbar. Die Erarbeitung entsprechender Analysen und Vorschläge sollte zentrale wissenschaftliche Aufgabe einer integrativen Politikgeographie sein.

4. Die verstärkte Rückbesinnung auf die geopolitische Mitverantwortung der Geographie an politischem Handeln sollte zu einer Intensivierung politikorientierter, entscheidungsrelevanter Inhalte bei Forschung, Lehre und Ausbildung führen.
5. In allen Berufs- und Bildungsschichten sollte eine Verbesserung der Fähigkeiten zu raumorientiertem staatspolitischem Denken und Handeln erreicht werden.

7. Zusammenfassung

Das Jahr 1989 hat nicht nur in Europa, sondern weltweit zu einer völligen Neugestaltung der politischen Landschaft geführt. Für Analyse, Inwertsetzung und Prognose damit in Verbindung stehender Vorgänge liefern politikorientierte Raumwissenschaften entscheidende Beiträge. Im vorliegenden Beitrag werden die globale, die europäische, im besonderen aber die aktuelle geostrategische Situation Österreichs skizziert und ausgewählte Schlußfolgerungen und Konsequenzen für die österreichische Sicherheitspolitik, die Geopolitik und die Politikgeographie erörtert.

8. Summary

Werner Fasslabend: Austria's precautionary policies in view of the geostrategic situation

The events of 1989 and the onfollowing decade led to dramatic changes of the political landscape not only in Europe, but all over the world. Spatio-political sciences may help to analyze, to make use of, and to prognosticate further developments of this kind. This paper discusses the global, the European and – in more detail – Austria's special geostrategic situation. Finally, it describes consequences for the security policies and geopolitics of Austria as well as for the political geography at university level.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1999

Band/Volume: [141](#)

Autor(en)/Author(s): Fasslabend Werner

Artikel/Article: [Österreich. Österreichische Sicherheitspolitik im Hinblick auf die geostrategische Situation 7-18](#)